

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

29.7.1931 (No. 174)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 253
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Meind,
Karlsruhe

Wochenpreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Reklameabdruck gilt und vervielfältigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Anzeiger fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Berliner Besprechungen

„Außerordentlich freundschaftlicher Charakter“
Der englische Außenminister Henderson ist am Dienstag von Berlin wieder nach London gereist, der Premierminister Macdonald reiste heute Vormittag zurück, und zwar sind gestern dazu aus London drei englische Militärflugzeuge in Berlin eingetroffen, auf deren einem Macdonald zurückfliegt.

Nachdem Macdonald Dienstag mittag im Kreise führender Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Gast des preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen war, wurde nachmittags auf einer Spazierfahrt die Unterhaltung zwischen dem Kanzler, dem Reichsaussenminister und den englischen Gästen fortgesetzt. Die Herren fuhren zuerst mit den Kraftwagen nach Wiesloch und dann auf einem Motorboot zum Wannsee, wo sie an Land gingen. Der offizielle Besuch fand mit einem Essen, das abends in der englischen Botschaft stattfand, sein Ende.

Aber die gestrigen Besprechungen sind mitgeteilt:
„Die Besprechungen zwischen Reichskanzler Dr. Brüning, Dr. Curtius, Mr. Macdonald und Mr. Henderson, die Dienstag vormittag in der Reichskanzlei begannen, wurden nachmittags in einem weiteren freundschaftlichen Gedankenaustausch fortgesetzt und beendet. Einer der Hauptgegenstände der Besprechung war die Frage, wie die Beschlüsse der Londoner Konferenz am besten in konstruktiver Weise in die Praxis umgesetzt werden können. Die englischen und deutschen Minister besprachen weiterhin die allgemeine Wirtschaftslage und die Maßnahmen, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete getroffen werden können. Die Inkraftsetzung des Internationalen Arbeitszeitabkommens für den Bergbau wurde ebenfalls besprochen. Das Arbeitslosenproblem wurde im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz erörtert.“

Die Besprechungen trugen einen außerordentlich freundschaftlichen Charakter, und es herrschte allgemein Übereinstimmung darüber, daß die persönlichen Fühlungen, die in Paris und London in so glücklicher Weise geschaffen wurden, fortgesetzt und ausgebaut werden müssen.“

Abreise Macdonalds

WZW. Berlin, 29. Juli. (Tel.) Premierminister Macdonald ist um 10.07 Uhr vom Flugplatz Tempelhof nach England gestartet. Zum Abschied hatten sich eingefunden der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der englische Botschafter. Der Flughafen Tempelhof hatte ein festliches Gewand angelegt. Am Sturmhaft war die englische Flagge gezogen, während an den anderen Fahnenmasten die deutsche Reichsflagge, die preussische Staatsflagge, der Berliner Bär und die Fahnen der Luftflotilla und der Flughafen-Gesellschaft im Winde flatterte. Die drei englischen Militärflugzeuge werden voraussichtlich, da sie starken Gegenwind haben werden, bei Hannover und Rotterdam zwischenlanden müssen, um nochmals zu tanken.

WZW. Hannover, 29. Juli. (Tel.) Um 11.40 Uhr erschienen die drei englischen Militärflugzeuge, die den englischen Premierminister Macdonald und seine Begleitung nach England bringen, über dem hannoverschen Flugfeld. Nach einem Rundflug über der Stadt erfolgte fünf Minuten später die Landung. Zum Empfang hatten sich der englische Konsul Aue und einige Pressevertreter eingefunden. Nach kurzem Aufenthalt, der vor allem dazu bestimmt war, neuen Betriebsstoff aufzunehmen, verließ der englische Ministerpräsident, der einen kurzen Imbiß im Flughafenrestaurant eingenommen hatte, Hannover in der Richtung auf Rotterdam.

Die Berliner Eindrücke Stimsons

WZW. New York, 29. Juli. (Tel.) Die hiesigen Morgenblätter bringen ausführliche Berichte aus London über die Eindrücke, die Staatssekretär Stimson während seines Berliner Aufenthalts empfangen hat. In erster Linie wird in diesen Berichten der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die akute Niedrigstwertigkeit in Deutschland bald einer zuverlässigen Stimmung weichen werde. „Herald Tribune“ bringt die Forderung des Präsidenten der Columbia-Universität, Nicholas M. Butler, den Hooverplan weiter zu entwickeln, ausführlich und an hervorragender Stelle. „Herald Tribune“ zufolge hat Butler ferner erklärt, daß er die Wiederherstellung Mittel-europas, sowie die deutsch-englische Annäherung für die dringlichsten Probleme hält.

Ersparnisvorschläge in England

WZW. London, 29. Juli. (Tel.) „Daily Herald“ zufolge wird der Bericht des Ausschusses für Erzielung von Ersparnissen, der am Freitag veröffentlicht werden soll, voraussichtlich aus einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht bestehen. Der Mehrheitsbericht enthält Vorschläge, die Ersparnisse von 16 Mill. Pf. Sterling ergeben würden. U. a. wird vorgeschlagen, die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, die Kürzung der Beamtengehälter, Verminderung der Zahl der Beamten und Verminderung der Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt.

Neuer Goldtransport London-Paris

WZW. Paris, 29. Juli. (Tel.) Nach dem „Journal“ sind gestern wiederum 1967 Rifo Gold im Wert von 33 1/2 Millionen Francs aus London auf dem Flugplatz Le Bourget angekommen.

Letzte Nachrichten

Nach dem englischen Besuch Das Problem des Zahlungsverkehrs

WZW. Berlin, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Nach dem Diner beim englischen Botschafter und der Abreise Hendersons haben die Reichsminister gestern abend noch eine Sitzung abgehalten, die bis lange nach Mitternacht dauerte und heute im Laufe des Tages fortgesetzt werden wird. Es liegt auf der Hand, daß die Minister sich zunächst noch einmal über den englischen Besuch unterhalten.

In beteiligten politischen Kreisen wird immer wieder betont, mit welcher Herzlichkeit sich der Besuch abgewickelt hat. Die englischen Minister haben sich ein Bild von der Wirklichkeit der deutschen Lage machen können und sind von diesen Eindrücken in der Überzeugung bekräftigt worden, daß ein enges Zusammenarbeiten der Hauptmächte notwendig ist, um über den jetzigen, auch für die anderen Länder gefährlichen Zustand hinwegzukommen. Man kann deshalb darauf rechnen, daß die internationale Aussprache fortgesetzt wird, zunächst natürlich mit den Franzosen, die noch vor der Völkervereinigung nach Berlin kommen werden.

Der englische Besuch hat zunächst rein stimmungsmäßig dazu beigetragen, das Vertrauen zu stärken und damit zweifellos auch eine gewisse Wirkung auf die internationalen Stillhalteverhandlungen ausgeübt. Wie wir erfahren, stehen diese Verhandlungen durchaus günstig und man rechnet damit, daß sie bald zu einem gewissen Abschluß kommen. Es handelt sich noch um gewisse Garantien, die die Kreditgeber für die Sicherheit ihrer Gelder erwarten, also um rein finanzielle Fragen, die die deutsche Wirtschaft betreffen.

Im Mittelpunkt der Finanzberatungen steht heute und in den nächsten Tagen das Problem der Freigabe des Zahlungsverkehrs, die bekanntlich für Montag geplant ist. Es kommt darauf an, Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich aus der plötzlichen Aufhebung der gegenwärtigen Sperrung im Zahlungsverkehr ergeben könnten. Da sich eine Unterscheidung zwischen Sparkonten und laufenden Konten nicht durchführen läßt, wird man wahrscheinlich zur Unterscheidung zwischen Sparkonten und Sparkassen gelangen. In Regierungskreisen wird betont, daß man auch den Sparkassen so weit wie möglich entgegenkommen will.

Daneben berät das Kabinett auch bereits die Selbsthilfemaßnahmen, von denen in den letzten Tagen viel die Rede war. Dabei spielt zum Beispiel die Frage eine Rolle, ob es zweckmäßig ist, eine systematische und sparsame Kontrolle einzuführen. Auf diesem Gebiet hat das Reichskabinett bereits mit der vor einigen Tagen erlassenen Verordnung über die Angabe von Devisenbeständen seine Maßnahmen eingeleitet. Weiter berät die Lage der Gemeinden besonderer Aufmerksamkeit, da auch sie sich in den letzten Wochen finanziell außerordentlich zugespitzt hat.

In unterrichteten Kreisen unterstreicht man mit Befriedigung als Erfolg der internationalen Besprechungen der letzten Tage, daß eine starke Verengung geschaffen worden ist, die es ermöglicht, die Maßnahmen durchzuführen, die von innen her Gesundung unserer wirtschaftlichen Lage herbeiführen sollen.

Die Steuben-Gesellschaft an das amerikanische Volk

Die unerfüllbaren Tributlasten

WZW. Potsdam, 29. Juli. (Tel.) Die deutsche Steuben-Gesellschaft hat der amerikanischen Presse einen Offenen Brief an das amerikanische Volk und seinen Präsidenten Hoover übergeben, in dem es heißt:

„Die Ereignisse in Deutschland haben der Welt offenbar gemacht, daß die unerfüllbaren Tributlasten nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt bedrohen. Soll mit Deutschland nicht die Welt der Gefahr des Bolschewismus ausgeliefert werden, dann muß das Reparationsystem verschwinden. Nach einer Würdigung des Hoover-Planes wie der französischen Widerstände sagt das Schreiben weiter: In beispielloser Selbstdisziplin — nicht in müder Resignation — verharret das deutsche Volk. Nicht Anleihen, nicht Kredite können Deutschland helfen. Sie sind unwirksame Medizin, solange der Krankheits-erreg — das Reparationsystem — nicht entfernt ist. Völliger Fortfall der weber moralisch noch sachlich berechtigten Tributlasten ist das einzige Mittel, das die Gefahr für Deutschland und damit für Europa und die Welt bannen kann. Diese einzige mögliche Lösung erwartet das deutsche Volk und aus dieser Erwartung ist seine Selbstdisziplin aufgebaut. Das Schreiben schließt mit einem Appell an das amerikanische Volk, seiner Lösung zuzustimmen, die an der Ursache der deutschen Krise und damit der Weltwirtschaftskrise — nämlich am Tributsystem — vorübergeht. Sollte eine Befriedigung Europas und damit eine Überwindung der bestehenden Weltwirtschaftskrise eintreten, dann müßten die dem deutschen Volk auferlegten, zu keiner Zeit erfüllbaren, Tributlasten fallen.“

Mellon in Paris

WZW. Paris, 29. Juli. (Tel.) Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist gestern abend von London kommend in Paris eingetroffen.

* Frankreich

Seit über 12 Jahren wird die gesamte Weltpolitik praktisch beherrscht von der Frage: Wie ist es möglich, Frankreich zur Vernunft zu bringen, wie ist es möglich, Frankreich zu einer maßvollen Ausnutzung seiner Macht zu bewegen? Leider hat das Ausland und vor allem der im Weltkrieg mit Frankreich verbündete Teil des Auslandes die Notwendigkeit dieser Fragestellung erst sehr langsam begriffen. Heute fehlt es gottlob an diesem Begriffsvermögen nicht mehr; hoffentlich ist es nicht schon zu spät. Die französische Politik hat in den letzten 12 Jahren die Machtposition des eigenen Landes derartig stark ausgebaut, daß sie wohl überhaupt nicht mehr ernstlich zu erschüttern ist, es sei denn, durch einen Krieg. Und auch auf diese Eventualität ist von allen Nationen der Welt Frankreich am besten vorbereitet.

Die französische Suprematie ruht im wesentlichen auf drei Fundamenten. Das eine ist die Größe des französischen Reiches, das mit seinen riesigen Kolonien schon allein dem räumlichen Umfang nach zu den mächtigsten Staaten der Erde zählt. Das zweite ist die gewaltige militärische Rüstung, über die Frankreich verfügt, und das dritte Fundament ist die wirtschaftliche und finanzielle Überlegenheit. In meisterhafter Weise hat es die französische Politik verstanden, namentlich das zweite und das dritte Fundament auszubauen. Die 5 Milliarden Reichsmark, die bisher auf dem Wege der Reparationen nach Frankreich geflossen sind, sind hier auf der Grundlage einer schon an und für sich außerordentlich günstigen Wirtschaft für die Rüstungsvervollkommenung und für die Konstituierung finanzpolitischer Allmacht glänzend verwertet worden. Frankreich hat das stärkste Landheer der Welt, es verfügt über die größte Luftflotte Europas, und auch seine sonstigen Verteidigungsmittel zu Lande und zu Wasser sind so hoch entwickelt, daß es allen Möglichkeiten ruhig entgegenblicken kann. Wirtschaftlich ist die Situation so, daß Frankreich als ein beinahe autarkes Land sich zur Not selbst versorgen kann, und finanziell ist die Position Frankreichs so bedeutend, daß es sowohl einen langwierigen Krieg als auch die weitere, machtpolitische Ausnutzung des Friedenszustandes finanzieren kann.

Das Drei der französischen Politik ist nach wie vor die Beherrschung des europäischen Kontinents. Dieser zu beherrschende Kontinent reicht von der Meerenge von Gibraltar bis zur russischen Grenze. Und der französische Bürger gibt sich durchaus keinen Wahnträumen hin, wenn er dieses Europa bereits als von Frankreich beherrscht ansieht.

Durch die Revolution ist Spanien in seiner außenpolitischen Geltung gewiß nicht gestärkt worden, andererseits ist das republikanisch regierte und vom französischen Freimaurertum stark beeinflusste Land ein viel willfährigeres Instrument für die französische Politik, als das monarchische Spanien. Belgien gehört ohnehin zum französischen Konzern, und die an und für sich neutralen Niederlande werden sich hüten, eine bewußt antifranzösische Politik zu treiben; dazu ist Holland in seinen asiatischen Kolonien viel zu leicht zu verwunden. Und für die schweizerische Neutralität gilt ungefähr das gleiche. Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und bis zu einem gewissen Grade auch Rumänien sind genau so wie Belgien Schützlinge Frankreichs und somit dem Pariser Machtkonzern angeschlossen. Daß Bulgarien und Griechenland die französische Machtstellung zu respektieren haben, mögen sie auch sonst lieber ihre eigenen Wege gehen, kann man sich denken. Im übrigen liegen sie, wie Italien, England und die skandinavischen Staaten, schon an der Peripherie. Die französische Politik betrachtet mit Recht diese Peripherie mit etwas mehr Zurückhaltung. Und es fällt ihr natürlich nicht ein, die Möglichkeit einer Einflügelung Italiens oder Skandinaviens in das französische Hegemoniesystem ins Auge zu fassen. Von England ganz abgesehen. Das unmittelbare Hindernis auf dem Wege ist lediglich Deutschland und mit ihm Österreich und Ungarn. Und deshalb ist das ganze Bestreben der Pariser Politik darauf gerichtet, dieses Hindernis zu beseitigen und auch Deutschland in dieser Form dem französischen Herrschaftssystem einzugliedern. Dann erst wäre dieses System vollkommen.

Nach den Gedankengängen der Pariser Politik ist der Friedensvertrag von Versailles nichts anderes, als ein Mittel, um die Erreichung dieses Zieles herbeizuführen. Daß das deutsche Volk die Reparationen nicht zahlen kann, weiß man in Paris eben so gut, wie in Berlin,

Aber man hat seinen Vertrag in der Laiche, und man kann die Reparationsbestimmungen vermittels einer fruppelosen Diplomatie ohne weiteres auch noch anders ausnutzen, nämlich im Dienst jener Hegemoniebestrebungen. Und im Notfall kann man den Vertrag vielleicht auch noch dazu benutzen, um die ursprüngliche Waffenstillstandsforderung, die Einverleibung der deutschen Rheinlande, zu verwirklichen. Mit Hilfe des Friedensvertrags und mit Hilfe einer ungeheuren finanziellen Überlegenheit soll Deutschland künstlich in einem Zustand erhalten werden, der allmählich so drückend wird, daß sich das deutsche Volk schließlich freiwillig dem französischen Einfluß, dem politischen Machtgebot Frankreichs, unterwirft.

Niemand würde die Vorgänge der letzten Woche richtig verstehen können, der nicht diese Tatsachen überblickt und in Rechnung setzt. Wie das deutsche Volk mit seiner Regierung an der Spitze, auf die Machtentzügen der französischen Politik reagieren wird, darüber brauchen wir nicht in Sorge zu sein. Deutschland wird sich dem politischen Einfluß Frankreichs nun und nimmer unterwerfen. Es wird alles tun und versuchen, um aus eigener Kraft sich seine Selbständigkeit zu bewahren, politisch, wirtschaftlich und finanziell. Und wenn es erst einmal auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet den Beweis dieser eigenen Kraft erbracht haben wird — die nächsten Monate werden die Gelegenheit dazu bieten —, dann wird sich zweifellos der Widerstand der anderen Großmächte gegenüber den Hegemoniebestrebungen Frankreichs noch mehr verstärken. Und wir dürfen hoffen, daß die Isolierung Frankreichs, die ja zunächst in Paris lediglich als etwas Ruhmvolles, als eine „splendid isolation“ empfunden wird, doch so unangenehme Formen annimmt, daß es endlich zu jenen Konzeptionen kommt, die nun einmal für eine wahre Befriedigung Europas die oberste Voraussetzung sind, die allerdings den vollen und reiflichen Ausbau des französischen Hegemoniesystems unmöglich machen müssen.

Die Sozialistische Internationale fordert die Abrüstung

Der Internationale Sozialistische Kongress in Wien setzte am Dienstag seine Beratungen über die Abrüstung fort.

Zunächst ergriff der parlamentarische Sekretär des britischen Außenministers, Professor Dr. Vater, das Wort. Im Auftrage der britischen Arbeiterpartei erklärte er, daß sie mit den Resolutionen einverstanden sei. Sodann erklärte Vater, daß auch die britische Arbeiterpartei für eine Kontrolle der Munitionswertstoffe sei. Alsdann sprach der Sekretär der dänischen Sozialdemokratie, Andersen, worauf Kirkwood, der Vertreter der unabhängigen englischen Arbeiterpartei das Wort ergriff und erklärte, daß die vorliegende Resolution völlig ungenügend sei. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Abstimmung über die Resolutionen erfolgt nach Delegationen.

Die Anmeldung von Devisenbeständen. Die Frist zur Anzeige von Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 RM, und darüber für den einzelnen Anzeigepflichtigen, unter Hinzurechnung der Devisen seiner Ehefrau und der mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder läuft am heutigen 29. Juli 1931 ab. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Lediglich für die Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten ist die Frist bis zum 5. August 1931 verlängert worden.

Verbot einer polnischen Zeitung in Ostpreußen. Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat die „Gazette Ostpr.“ in Allenstein auf die Dauer von vier Wochen, und zwar vom 29. Juli bis 25. August 1931 einschließlich, verboten. Das Verbot erfolgte wegen zweier Artikel, in denen schwere Beschimpfungen und Verächtlichmachung der Reichsregierung enthalten waren.

Im nordfranzösischen Textilgewerbe ist am Dienstag allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch die kommunistischen Gewerkschaften haben ihren Anhängern empfohlen, sich bei den Arbeitsstätten wieder einzufinden. Damit hat der 10wöchige Streik im nordfranzösischen Textilgewerbe sein Ende erreicht.

Kleine Chronik

Die Funktion des Luftschiffhauses in Friedrichshafen hat seit der Nacht zum Montag mit „Graf Zeppelin“ keine direkte Funktion mehr, was auf die starke Inanspruchnahme des Luftschiffes mit den russischen Nordstationen zur Entgegennahme von Wetterberichten zurückzuführen ist.

Die englische Fliegerin Amy Johnson hat auf ihrem Flug nach Tokio in Königsberg (Ostpr.) am Dienstag um 11.20 Uhr eine Zwischenlandung vorgenommen. Sie startete dann zum Weiterflug nach Weltheim-Luft.

Wie aus Tilsit gemeldet wird, brach Dienstag vormittag in einem der Lagergebäude des Proviantamtes in Tilsit Feuer aus, das sehr großen Schaden in dem mit Heu und Stroh gefüllten Gebäude anrichtete.

In Toulon sind sieben Matrosen und drei Zivilpersonen verhaftet worden, die aus dem Artilleriepark von Toulon Metalle (Bronze und Kupfer) gestohlen haben und ihre Beute in Marseille abzusetzen pflegten. Sie sollen auf diese Weise für 11 Millionen Francs Metall abgesetzt haben. Die Diebstähle wurden dann ausgeführt, wenn die Matrosen den Wachdienst hatten.

Im italienischen Viertel von New York wurde aus einem Automobil mit einem Maschinengewehr geschossen. Dabei wurden einige Passanten, nämlich fünf Kinder und zwei Männer, verwundet.

Vom Volkschauspiel Etzheim. Der vergangene Spieltag, der beim idealsten Spielverlauf stattfand, brachte Landseute aus allen Gauen, die beifallsfreudig dem Geschehen folgten. Es kamen Vereine aus Eichelbrunn, Mastatt (Militärverein), Mannheim-Aheinau (Motorradklub), Weinheim, zwei Vereine aus Leimersheim in der Pfalz, Wühl und Baierthal. Der Zulauf war gut. Sehr starken Zustrom brachte Baden-Baden, in der Hauptsache Ausländer, die sich mit großer Begeisterung über das Spiel äußerten. Es sei daran erinnert, daß der 11. August (Verfassungstag) Spieltag ist, wozu auch Schulen Zutritt haben.

Weitere Gleichstellungen beim Zahlungsverkehr

Nur geringe Erhöhungen der Auszahlungen

Der Rest dieser Woche ist dadurch gekennzeichnet, daß den für die regelmäßige Lohn- und Gehaltszahlungen bereitgestellten Zahlungsmittel noch die Anforderungen des Monatsendes hinzutreten. Es erschien daher — wie aus Berlin berichtet wird — nicht ratsam, darüber hinaus für die nächsten Tage eine umfangreichere Auflöserung des bisherigen Zahlungsverkehrs vorzunehmen. Die heute erlassene Verordnung der Reichsregierung sieht daher nur unwesentliche Erhöhungen der zahlbaren Beträge vor. Die befristeten Stellen werden dafür sorgen, daß von Beginn der nächsten Woche ab die Wiederaufnahme eines normalen Zahlungsverkehrs eintritt.

Die Erleichterungen, die bis zum Wochenende eintreten, betreffen einmal die Erhöhung der Vorauszahlungsgrenze von 200 auf 300 RM bei Kontokorrent-Guthaben, während es hinsichtlich der Auszahlungen auf Sparkonten und Sparbücher bei 30 RM verbleiben mußte. Die Auszahlung auf Kreditbriefe ist ebenfalls auf 300 RM erhöht worden. Freigegeben zur unbeschränkten Vorauszahlung und folgeweise auch Überweisung sind über die bisher bestehenden Fälle hinaus die Mietzinsen für Wohnungen und gewerbliche Räume, sofern der Konteninhaber nicht Einnahmen aus Lohn, Gehalt, Nebelohn usw. bezieht, ferner zur Einlösung von Zinsrenten und Gewinnanteilscheinen.

Die Überweisungen sind im allgemeinen auf 4000 RM täglich, also insgesamt 16 000 RM zum Wochenende erhöht worden, und dem Überweisungsverbande wird der Tagesbetrag von 15 000 RM voraussichtlich auch weiter erhöht werden. Zur Wechselniederschlagung sollen täglich 8000 RM, also 32 000 RM bis zum Wochenende ausgezahlt werden dürfen. Die Wechselprovisionen sind entsprechend den bisherigen Regelungen wieder stufenweise etwas hinausgezogen worden, während eine Verlängerung der Vorlegungsfrist für die nach dem 21. Juli 1931 ausgestellten Schecks nicht mehr notwendig schien. Ferner aber ist vorgesehen, daß die Bankinstitute Wechselverbindlichkeiten nicht nur wie bisher aus eigenen Mitteln, sondern auch aus ihrem Giro erfüllen dürfen.

Schließlich stellt die Verordnung sicher, daß die bestätigte Rechnungsschecks auch noch in den ersten Tagen des August ausgestellt werden dürfen, und daß die Einlösung auch durch Guthabenskonto erfolgen kann, das bei dem bezogenen Kreditinstitut geführt wird. Selbstverständlich kann die Guthabenskonto nur im Rahmen der für Überweisungen freigegebenen Beträge stattfinden. Im übrigen bleiben auch diesmal die Vorschriften über den Schuldnerschutz, über die Ausnahme der Reichspost, Reichsbank und der Deutschen Goldbank von den Vorschriften der Verordnung und die Vorschriften über die unbeschränkte Verfügungsfreiheit über neue Konten und über überwiesene Gehalt aufrechterhalten.

Scharfe Steuereinzahlung

Reichsfinanzminister Dietrich hat an die Präsidenten der Landesfinanzämter ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit hinweist, daß die seit dem 13. Juli in erscheinendem Maße zurückgegangenen Steuerzahlungen nunmehr rechtzeitig und vollständig eingehen. In diesem Sinne wird angeordnet, daß durch die Finanzämter sofort folgende Maßnahmen herbeizuführen sind:

1. beschleunigte Feststellung aller Rückstände,
 2. beschleunigte Durchführung des Nachnahme- und Mahnverfahrens,
 3. beschleunigte Durchführung der Beitreibung.
- Zu diesem Zwecke sollen die Kassen und Vollstreckungsstellen der Finanzämter vorübergehend durch das Personal der Veranlagungsabteilung verstärkt werden.

Um unnötige Säufen zu vermeiden, bleiben die gewährten Steuererfahrungen in Kraft. Auch die bisher auf Widerruf gewährten Stundungen sollen nicht als aufgehoben gelten.

Die Frist für die Devisenablieferung

Am heutigen 29. Juli läuft die Frist ab, innerhalb deren Bestände an Devisen usw. im Werte von 20 000 RM und mehr der Reichsbank oder den von ihr beauftragten Banken anzubieten sind. Eine generelle Verlängerung dieser Frist ist nicht beabsichtigt. Dagegen ist durch eine neue Durchführungsverordnung für Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten, deren Einbeziehung in die Kapitalflucht-Verordnung erst vor einigen Tagen nachträglich erfolgt ist, die Ablieferungsfrist bis zum 5. August, also um eine Woche verlängert worden.

Badischer Teil

Beiratsführung des Badischen Weinbauinstituts

Dieser Tage tagte der Beirat des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg und verband damit die 10. Jahresfeier des Instituts. Der Vorsitzende, Direktor Dr. Müller, gab einen Überblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Instituts in den zwei letzten Jahren. Die Unterbringung des Instituts, ein immer wiederkehrender Punkt aus den Beiratsführungen der letzten Jahre ist endlich befriedigend gelöst; der Umzug in das neue Gebäude ist in einigen Wochen zu erwarten. Die vielseitige Tätigkeit des Instituts und seiner Zweiganstalten fand den Beifall des Beirats. Auf die gute Entwicklung des Rebgesüdes in Lauda wurde hingewiesen; es verpricht, eine badische Mutteranlage zu werden.

Weinbaulehrer Köhler berichtete darauf über die Sortenfrage im badischen Weinbau, der bei der Umstellung der Weinberge zur Zeit eine besondere Bedeutung zukommt. Die sehr lebhaft diskutierte über diesen Punkt führte zu folgender Auffassung des Beirats: Aus der Not des Weinbaues heraus ist das Bestreben der Winger zur Einführung neuer Sorten zwar verständlich, die Verantwortung des Weinbauinstituts und der landwirtschaftlichen Organisationen bei der Empfehlung und Lieferung neuer Rebsorten ist aber sehr groß und erfordert genaue Prüfung des Wertes dieser Reben für die örtlichen Verhältnisse des Landes. Eine wahllose Empfehlung und Lieferung begehrter Sorten (z. B. Müller-Thurgauer, Rebe, Portugieser u. a.) bringt die Qualität des badischen Weines in Gefahr und ist deshalb abzulehnen. Es wurde beschlossen, diese Frage im Rahmen der Weinbauverbände so bald als möglich zu beraten und zu klären.

Weinbau-Oberinspektor Dümmler berichtete dann über den Bezug von Edelholz für die Rebenveredelung. Die Bestrebungen des Weinbauinstituts nach Verbilligung der Pfropfen werden durchkreuzt durch einen unverantwortlichen Wucher, der zur Zeit mit dem Holz der begehrten Müller-Thurgauer-Rebe getrieben wird. Die hierfür geforderten Preise ständen in keinem Verhältnis zu dem Wert der Rebsorte. Der Beirat war einstimmig der Ansicht, daß dieser Mißstand mit aller Entschiedenheit beseitigt werden müsse. Der Vorsitzende gab darauf noch eine Darstellung über die Handhabung der Entschädigung von solchen Wüngern, die Schädlinge durch Neuanlagen mit Pfropfen erlesen wollen.

Eine Presseverordnung der badischen Regierung

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums wird die Verordnung vom 26. Juli 1919 über öffentliche Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Rechtspflege dahin abgeändert, daß Blätter, die staatsfeindlich eingestellt sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Im übrigen darf die politische Parteirichtung eines Blattes auf die Entscheidung keinen Einfluß haben.

Die wandelbaren Bezüge der Notare

Das Justizministerium hat im Benehmen mit dem Finanzministerium eine sofort in Kraft tretende Verordnung erlassen, wonach der Gebührenanteil des Notars beim einzelnen Geschäft den Betrag von 10 RM nicht übersteigen darf. Erreicht innerhalb eines Rechnungsjahres die Summe der auf einen Notar angelegten Gebührenanteile 1000 RM, so darf der Gebührenanteil für die weiteren Geschäfte innerhalb desselben Rechnungsjahres 5 RM für das einzelne Geschäft nicht übersteigen. Auf die Berechnung desjenigen Gebührenanteils, durch den die Summe von 1000 RM überschritten wird, findet der vorhergehende Absatz noch keine Anwendung.

Ferien-Sonderzüge

Die zu Beginn der badischen Ferien am 1. August nach Berlin und Hamburg/Bremen verkehrenden Ferien-Sonderzüge sind beinahe ausverkauft. Es können nur noch wenige Karten abgegeben werden. Zu den Zügen nach München am 1. August, nach Dortmund und Basel/Konstanz am 2. August ist der Verkauf etwas geringer. Hierzu sind noch Karten bis zum Zugabgang erhältlich.

Achtung, Einmiedel!

Im April und Mitte Juli 1931 trat in mehreren Städten Badens erneut ein Einmiedel auf, der sich als Medizinalrat, Frauenarzt, Professor usw. ausgibt. Unter der Angabe, er sei nach der betreffenden Stadt berufen, besticht er zu vermietende Zimmer. Er sucht auch Lehrerinnen-Mietersbeime usw. auf, um angeblich Entleerung oder eine reiche Dame unterzubringen. Sobald er etwas Stehenswertes entdeckt hat, fordert er ein Glas Wasser oder Limonade, um so die Vermieter aus dem Zimmer zu bringen. Inzwischen stiehlt er Geld, Uhren und Schmuck. Manchmal läßt er auch Geld wechseln, um zu sehen, wo dies verbracht ist. Der Täter ist 53 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat starke Nase, gestutzten melierten Schnurrbart, trägt Horn- oder goldene Brille, Affentafel, meistens feinen Hut und ist sehr gut gekleidet. Es wird gebeten, bei Auftreten des Einmiedel sofort seine Festnahme zu veranlassen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Rathauskrawalle vor Gericht

Vor dem Schöffengericht Karlsruhe begann heute, Mittwoch morgen das gerichtliche Nachspiel zu den Vorfällen anläßlich der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß am 11. Mai. Dabei kam es bekanntlich zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Bürgerausschußmitgliedern zu einer Schlägerei mit Stuhlbeinen und anderen Waffen. Mehrere Beteiligte wurden verletzt und ein Sachschaden von 2000 RM verursacht.

Unter der Anklage wegen Sachbeschädigung, gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs haben sich jetzt zu verantworten folgende: der Nationalsozialist Partei nahe stehende Angeklagte: der Verwaltungsassistent Ludwig Streit, der Lehrer a. D. August Kramer, der Expedient Peter Niedner, der Spartaassistent Friedrich Jäger, der Stadtschreiber a. D. Otto Kint, der Elektronmonteur Stefan Nagel, der Kaufmann Ludwig Berle, der Bankbeamte Rudolf Schindler, der Kaufmann Fritz Argus, der Angestellte Heinrich Siebach, der Bierbrauer Wilhelm Wörth und der Arbeiter Karl Stöffler, sowie die der kommunistischen Partei zugewandten Angeklagten: Stadtrat Hermann Böning, Arbeiter Karl Winter, der Straßenbahnführer Bertold Niebinger, der Stadtrat Karl Bauer, der Arbeiter Gustav Kappeler, der Arbeiter Louis Hoffmann, der Arbeiter Josef Schlimmer, der Gauleiter Ernst Feinsmann, der Maler Friedrich Stödel, der Elektronmonteur Willi Harbrecht und der Gerber Friedrich Preuß aus Karlsruhe. Zur Klärung des Sachverhalts wurden 18 Zeugen geladen. Als Anklagevertreter fungiert Staatsanwalt Heim. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Köhler.

Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlung mit der Mahnung zur Ruhe und dem Hinweis, daß Politik im Gerichtssaal nichts zu tun habe. Die angeklagten 23 Personen gehören mit drei Ausnahmen sämtlich dem Stadtrat und Bürgerausschuß an, 12 Nationalsozialisten und 11 Kommunisten.

Nach Feststellung der Personalien und Verlesung des Eröffnungsbeschlusses gibt der Vorsitzende zunächst eine kurze Darstellung der Vorgeschichte des Falles. In der fraglichen Bürgerausschußsitzung vom 11. Mai d. J. stand der Voranschlag zur Beratung und die Aussprache sollte mit der Stellungnahme der Nationalsozialisten eingeleitet werden, für die der Stadtrat Kramer sprach, unterbrochen von Zwischenrufen von allen Seiten, auch der Kommunisten, denen der Niedner zurief: „Ihr Rednergehirne seid nicht als Arbeiterpartei anzusprechen!“ Dies gab den Kommunisten Anlaß, gegen das Rednerpult vorzudrängen, worauf dann die Schlägerei entstand. Dabei wurde nach der Anklage mit Leibriemen, Messern und Stühlen zugeschlagen. Verwaltungsassistent Streit soll dem kommunistischen Stadtrat Böning mit dem Leibriemen mehrmals von hinten Schläge versetzt, Böning seinerseits dem Spartaassistenten Jäger (Nat.-Soz.) mit dem Stuhl auf den Kopf geschlagen haben, so daß Jäger eine starblutende Wunde davontrug. Kramer wird vorgeworfen, daß er mit dem Stuhlbein auf den Gerber Preuß (Komm.) eingeschlagen und diesem eine blutende Stirnwunde beigebracht habe. Bei der Schlägerei wurden 62 Stühle beschädigt, am Boden festgeschraubte Bänke losgerissen, Bilder, Fenster und Wände beschädigt und der Stadtgemeinde dadurch ein Sachschaden von 2360 RM zugefügt. Drei Kommunisten, darunter der genannte Preuß, wurden beschuldigt, daß sie als Tribünenbesucher widerrechtlich in den Sitzungssaal eingedrungen seien, um sich an der Schlägerei zu beteiligen. Einer von ihnen hat außerdem mit dem Stuhl eines Stuhles nach dem Kronleuchter geworfen und diesen beschädigt.

Der zuerst vernommene Angeklagte Streit erklärte: Während der Rede Kramers habe ich auf Seiten der Kommunisten mehrfach den Ruf „Arbeitermörder“ gehört. Darauf hat Kramer den von ihm zugegebenen Ausdruck gebraucht. Die Kommunisten gingen dann gegen das Rednerpult vor; wir scharten uns um Kramer, um ihn zu schützen. Ich habe gesehen, wie Böning auf Kramer und andere mit dem Stuhl losging, und habe ihm mit dem Leibriemen zwei Schläge versetzt. — Auf Befragen des Vorsitzenden wird von der Verteidigung festgestellt, daß die Nationalsozialisten 36 Mann stark im Saal anwesend waren, die Kommunisten zählten 10 Köpfe.

Auf die Frage des Staatsanwalts Heim erklärt der Angeklagte Streit, daß von der Galerie etwa 20 bis 25 Kommunisten in den Sitzungssaal gekommen seien. Mindestens zwei

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 30

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 174

29. Juli 1931

Der Salzgau

Ein Beitrag zur Geschichte des Kraichgaues
Von W. Bidel

Zwischen Pfing und Enggau einerseits und dem Flußgebiet des Kraichbach, dem eigentlichen Kraichgau und dem Bruchrain andererseits, liegt ein Streifen welligen Landes, das für den Kraichgau im heutigen Sinne mancherlei Bedeutung erlangte. Seine geologischen und klimatischen Verhältnisse weichen von denjenigen des übrigen Kraichgauer Hügellandes nicht wesentlich ab. Die langgestreckten Berge sind alle nach dem gleichen Schema zugeschnitten, erreichen nur selten eine Seehöhe von 300 Meter und sind zum größten Teil mit Laubwald bestanden. Täler und Gänge von fruchtbarstem Löß bringen nahezu alles hervor, was die Natur in unseren Zonen zu geben vermag. Schon Chyträus, einer der größten Söhne des Kraichgaues, bezeichnete seine Heimat in einer erstmals 1555 herausgegebenen Rede als ein lieblicher Garten, der mit Weinbergen, Ädern, Wiesen und Wäldern reich gesegnet, von außerordentlich vielen Menschen besiedelt und mit zahlreichen Städten, Dörfern und Burgen besät, dem Beschauer viel Genuß und Ergötzen bereite. In dem früher verhältnismäßig großen Gebiet des Kraichgaues, das vom Schwarzwald bis zum Odenwald und vom Neckar bis zum Rhein sich erstreckte, hatte aber ein im Zentrum liegendes Stück eine besondere Rangstellung zu beanspruchen, denn es gab Brot und Salz, der Salzgau. So, wie in grauer Vorzeit — und auch heute noch in einigen Ländern des Balkans — dem Gast des Hauses diese Gaben als Symbole der neben Wasser lebenswichtigsten Nahrung angeboten wurden, so konnte der Salzgau zu Besuch und Ansiedlung laden, mit den Gaben, die in ihrer Einfachheit die elementarsten Bedingungen menschlichen Wohnens bedeuten.

Schon frühe mußten diese Eigenschaften des Landes erkannt worden sein, denn zu allen Zeiten stand es mit im Brennpunkt politischen Geschehens. Bald nach der Einstellung der Salzgewinnung scheint aber auch die Kenntnis hiervon sehr rasch erloschen zu sein, denn die auf uns überkommenen Nachrichten sind so spärlich und unbekannt, daß sie lange Zeit nicht ernst genommen wurden. In Urkunden des Klosters Lorsch bei Worms, das zu Zeiten der Karolinger in unserer Gegend ausgedehnte Güter inne hatte, dem berühmten Codex Laurishamensis, befindet sich um 800 herum u. a. ein Eintrag, nach welchem ein gewisser Guntleib „in pago Salzgowe, in Richilindheim (Rinlingen) juxta fluvium Salzaaha“ der Kirche des heiligen Nazarius zu Lorsch einige Güter verschrieb. Die Erwähnung des Salzgawes ist sonst nur noch einmal nachgewiesen, während in anderen, wenig älteren, gleichalterigen und jüngeren Urkunden desselben örtlichen Bereichs lediglich von der Zugehörigkeit zum Kraichgawe die Rede ist. Es muß daher angenommen werden, daß der fragliche Landstrich um Bretten diese Bezeichnung nur kurze Zeit oder — was wahrscheinlicher ist — neben der Bezeichnung Kraichgau als Untergau geführt hat. Der Name selbst dürfte von der das fragliche Gebiet in ost-nordwestlicher Richtung durchfließenden Salzbach hergeleitet sein. Mone hat in seiner „Urgeschichte des Landes Baden“ den Flußnamen aus dem Keltischen sal = trüb, schmutzig, unrein zu erklären versucht, das auch im Altdeutschen mit der gleichen Bedeutung vorkommt. Da die Salzbach, früher Salzaaha, Salza, Salzach und Salzbach, keinerlei Salzgehalt aufweist, konnte er den Namen und ebenso denjenigen des Dorfes Salzhofen bei Bretten, aus dem Deutschen nicht erklären und mußte im Keltischen und diejenige Bezeichnung zurückgreifen, die ihrer Bedeutung nach der Benennung der übrigen Flüsse des Unterlandes (Kraichbach = Schlammloch, Reimbach = Reimenbach) entspricht. Er sagt aber ausdrücklich: „Salach und Salzhofen könnte von Salz herkommen, wenn der Bach salzig wäre, und wäre er dies, so würde aus Salzach nicht Salzbach, Sal geworden sein. Und die Bäche, die Salzwasser führen, heißen gewöhnlich Sulzbäche.“ Nun hat es früher in nächster Nähe von Bretten auch einen Weiler Salzach gegeben, dessen Lage am Fuße des sogenannten Burgwäldchens unmittelbar an der Salzbach, oberhalb der heutigen Bergmühle gegen Nuit zu suchen sein dürfte. Die Namen der beiden verschwundenen Dörfer Salzach und Salzhofen hätten demnach eine andere sprachliche Entwicklung durchgemacht, als der unbestritten verwandte Flußname. Zu einer solchen Annahme besteht aber an sich kein Anlaß. Jedenfalls kann aus verschiedenen heute noch gebräuchlichen Flurnamen (Salzacker bei Maulbronn, Salzäcker bei Bretten), dann aber aus den vorliegenden urkundlichen Nachweisen heraus, selbst wenn man der Ableitung aus dem Keltischen zustimmt, der Zusammenhang mit Salz nicht abgestritten werden.

Schon von den ältesten Anwohnern unseres Landes, den Kelten, deren Besiedlung durch Ausgrabungen bei Bretten belegt ist, wird behauptet, daß sie sich neben Landwirtschaft, Weinbau, Viehzucht, Handel und Gewerbe im Bergbau und Salzfeldern betätigten. Aus der späteren Mermannzeit sind aber Salzwerke nur bei Schwäbisch Hall durch einen Besitzstreit zwischen Burgunden und Mermannen bekannt. Im Salzgau selbst stammen die

Nachrichten über Salzvorkommen erst aus verhältnismäßig späterer Zeit. Nach einer Urkunde der Prämonstratenser Abtei Badegassen an der Saar aus dem Jahre 1278, „bekennen Simon, Emecho und Heinrich Raugraf, Gebrüder Bomelenburg, dann Wirrich Ritter, genannt von Duna, daß sie vertauscht haben dem Abt und Konvent des Klosters Badegasse einen Theil der Saline zu Brethe und ihr Eigentum zu Gundelingen für 19 Malter Korn Gült und für ihre Güter zu Tittelsheim.“ In einer weiteren Urkunde aus dem Jahre 1292 „bekennen Emecho, Domberr zu Worms, Wirrich von Duna und Konrad Raugraf, daß, weil wegen jenes Kaufes über den Theil der Saline zu Breithe (Bretten) und über die Badegasser Güter zu Tittelsheim Zwietracht entstanden, solcher aus Rath und Anordnung des Grafen Walrams von Zweibrücken, Johans von Lichtenstein und Eberhards von Rannestol usw., gütlich beigelegt worden seye.“ Gundelingen ist das bei Bretten gelegene jetzt württembergische Knittlingen und Tittelsheim das an der Salzbach in nächster Nähe von Bretten gelegene Dorf Diedelsheim. Bei der Rolle, die die Grafen von Zweibrücken in Erbfolge des Grafen Eberhard IV. von Eberstein im Kraichgau spielten — im vorliegenden Falle traten sie als Besitzer Brettiens wahrscheinlich als Lehnsherren in Erscheinung — dürfte ein Zweifel an dieser Auslegung nicht aufkommen.

Die hier gebrauchten Schreibweisen von Bretten sind sonst allerdings nirgends bestätigt, andererseits legen die heute vom Erdboden verschwundenen Dörfer Salzach und Salzhofen die Vermutung nahe, daß in einem derselben die fragliche Saline betrieben wurde. Nach Lage der Verhältnisse dürfte aber hierfür lediglich Salzhofen in Frage kommen, auf dessen Lage heute nur noch die Gemannbezeichnungen „Salzäcker“ und „Bei St. Johannes Kirche“, wozu letzteres wohl die Kapelle des Dorfes war, hindeuten. Das Dorf selbst wird letztmals 1438 urkundlich erwähnt, wofolbst die Herren von Massenbach damit belehnt wurden. Schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts konnte die genaue Lage des Ortes nicht mehr ermittelt werden. Verschiedentlich ist auch schon die Vermutung laut geworden, daß es sich bei beiden Ortsnamen um ein und dieselbe Niederlassung gehandelt habe. Dies ist jedoch für die Beurteilung der hier interessierenden Fragen ohne Belang, um so mehr, als für eine solche Vermutung keinerlei Beweismaterial vorliegt. Von wann und wie lange die Salzgewinnung andauerte, dürfte mit dem Zeitpunkt des Unterganges des Dorfes, der merkwürdigerweise ebenfalls nicht festgestellt werden kann, zusammenhängen. Es wäre aber auch möglich, daß der Betrieb schon früher wegen Unrentabilität oder Einsturz eingestellt wurde, oder daß das Eindringen von Wasser die Erläuterung bzw. Auslaugung bewirkte. Jedenfalls ist das Vorkommen von Salz im mittleren Muschelkalk, als einer ausgesprochenen Meeresbildung u. a. in der Heilbronner Gegend, bei Kochendorf, Wimpfen und Rappenaun erwiesen, wofolbst die Ausbeutung teils in Bergwerken, teils in Salinen erfolgt. Je nach dem Umfang des Salzlagers könnte demnach die Salzbach vorzeiten auch Salzwasser geführt haben. Hierüber lassen sich heute natürlich keine Untersuchungen mehr anstellen. Es wäre jedenfalls sehr zu begrüßen, wenn es gelänge, die verlorengegangenen Salzlager wieder zu erschließen, um auf diese Weise der von dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht verschonten Bevölkerung des ehemaligen Salzgawes wieder Brot und Salz zu verschaffen.

Der Hohenstoffeln

Von Karl Birner

Unter den fünf Regelbergen des Hegau ist der zweigipflige Hohenstoffeln der höchste und nach seiner Ausdehnung der umfangreichste. Die südliche Spitze (834 ü. M.) trug einst die „Neue Burg“ (Vorderstoffeln); die nördliche Spitze (846 ü. M.), mit ihrer etwas breiteren Plattform, trug zwei Burgen, deren älteste, größte und stärkste die „Hintere Burg“ (Hinterstoffeln) war, der später die „Mittlere Burg“ (Mittelstoffeln) angegliedert wurde. Die Entstehungsgeschichte aller drei Burgen ist nicht genau bekannt und stützt sich vielfach nur auf Folgerungen. — Der Südgipfel des Berges vorgelagert steht der Hügel „Somboll“, auf dem früher eine Burg gleichen Namens stand. Die Geschichte dieser Niederlassung, ihre Entstehung, Zerfall und ihr schließlich Abgang ist ebenso in Dunkel gehüllt, wie das Geschlecht, das dort einst herrschte. Man erfährt nur aus alten Überlieferungen und Ruinenresten, daß dort einst ein kleines Schloß gestanden hat.

Hinterstoffeln dürfte vor dem Jahre 1100 von den Grafen von Hüllendorf erbaut worden sein, als sie die Würde der Hegaugrafen hatten. Urkundlich nachweisbar ist eine Burg von Stoffeln vom Jahre 1034 und 1056, als Sitz des Grafen Eberhard. Dann erscheint ein Ludwig, Graf von Stoffeln, der um 1080 Gaugraf war. Geschichtlich wird vermutet, daß Kaiser Friedrich I. auf der Burg Stoffeln einmal kurze Zeit seinen Hof aufgeschlagen habe. — Ferner wurde erwähnt, daß im Jahre 1056

der Regensburger Bischof Gebhard im Auftrag Kaiser Heinrichs III. durch Graf Kuno von Achalm auf Burg Stofola gefangen gehalten worden sei. In dieser Historie waltet ein Irrtum. Von „Stofola“ wurde „Stoffeln“ gefolgert und das Geschehnis, das an sich stimmt, auf Hohenstoffeln verlegt; in Wirklichkeit spielte sich die Geschichte auf Burg Stoffeln auf dem Stöffelberg bei Pfullingen ab. Die Stöffelner waren wahrscheinlich ein Zweig der Grafen von Urach und Achalm, die vielfach mit den Stoffelnern verwechselt werden.

Die ältesten Bewohner, soweit die Forschung reicht, waren die Altstöffler, von denen 32 urkundlich erscheinen; 9 davon waren geistlichen Standes. Diese Geschlechter waren jedenfalls Ministerialien der Pfullendorfer Grafen. — Von den Gebäuden auf Hohenstoffeln war der große Wohnturm, der direkt auf die Spitze und eng an der Kante des Bergabfalles errichtet war, herrschend. In nächster Nähe stand die Burgkapelle, deren Bau der Konstanzer Bischof Heinrich am 17. März 1299 genehmigt hatte; als Patron wird St. Pantkras genannt. Scheunen und Wehrgebäude füllten den übrigen ziemlich engen Raum.

Mittelstoffeln wurde später gebaut, jedenfalls für eine Seitenlinie der Altstöffler. In der baulichen Ausdehnung beider Siedlungen vereinigen sich diese und erscheinen dann als ein einziger Schloßbesitz. Ganz friedlich vertruugten sich die Bewohner beider Schloßer nicht immer, denn öfter gab es Spähne und Splitter auch wegen Kleinigkeiten. Einmal war der Schatten eines Baumes im Schloßhof das Streitobjekt. Ein weiser Richter fällt dann das salomonische Urteil, daß der schattenjuchende Besagte sich selber einen Baum in seinem Hofe zu pflanzen habe, bis dieser aber Schatten spende, dürfe er den Schatten des Baumes des Klägers genießen.

Vorderstoffeln ist abermals später entstanden und wird erstmals 1358 erwähnt als „Neue Burg“; errichtet wurde sie durch die Stoffler (die Altstöffler werden nun nicht mehr erwähnt), die auch die ersten Bewohner waren. Über die Entstehungsgeschichte ist nichts bekannt.

Nach Beendigung der Burghbauten wurden alle drei Schloßer von einem zeitgemäß festen Mauerzug umgeben, der an den leicht zugänglichen Stellen bis zu 1½ Meter Dicke hatte. Die Entfernung beider Spitzen beträgt etwa 150 Meter, die Breite des Satteltales ist 100 Meter. Das alles eingeschlossen durch den Mauerzug ergab ein stattliches Kastell von etwa 380 Meter Breite und über 100 Meter Tiefe. Innerhalb des Mauerringes standen die Schloßer, die Vorratshäuser und Stallungen, der Brunnen, die Kirche, die Unterkunfts Häuser für das Gefolge usw. Wie groß diese vorhandenen Räume waren, ist daraus ersichtlich, daß später die 60 Mann starke Besatzung innerhalb der Burg untergebracht werden konnte. Im Aussehen machte der Hohenstoffeln einen vornehmeren und stärkeren Eindruck als der Hohentwiel; daß der Hohentwiel aber der stärkere war, ist bekannt.

Nach dem Übergang des Hohenstoffeln an die von Hornstein (1567), wohnten in den Schloßern noch eine zeitlang als Teilbesitzer die von Reischach; später nur noch die von Hornstein. Nach der Zerstörung der Schloßer war der Basaltberg mit seinen Ruinen noch Ursache manchen Familienschicksals, welche anzuführen sich hier erübrigt. Die Verteidigung des Berges während des Dreißigjährigen Krieges durch den jugendlichen Altkaiser Ferdinand, in dem sich Mut und Idealismus paarte, ist eine glorreiche Heldengeschichte voll Treue, Hingabe und Uneigennützigkeit, wie wir sie in der Geschichte nur dies einzige Mal finden.

Auch heute ist der Hohenstoffeln noch Eigentum derer von Hornstein. Der dauernde Besitz des einstigen Lebens (viel sonstiger Grundbesitz ging der Familie verloren), erklärt sich daher, daß es im schwäbischen Adel Tradition war, den Besitz nur den Söhnen zu vererben. So hielten es auch die Hornsteins; die weiblichen Nachkommen wurden abgefunden. Da die unruhigen Zeiten oft das Geld verschlangen, sah es mit dieser Abfindung oft windig genug aus; mehr als einmal blieb der Anteil nicht nur stehen, sondern auch die Zinsen kamen in Verzug, vererbten sich wieder und mußten richterlich geschätzt und entschieden werden. Diese ungünstige Regelung für die weiblichen Nachkommen ist auch die Ursache, daß diese meist viel ärmer wurden, als die im Grundbesitz gebliebenen männlichen Nachkommen. Mehrere weibliche Nachkommen gingen wohl auch nur dieses Umstandes wegen ins Kloster.

Einer der Teilbesitzer am Berge hat seinen Anteil zum Abbau von Basalt zur Verfügung gestellt. Und bedauerlicherweise ist dies der Nordteil des Berges, also jene Stelle, die unter dem höchsten Gipfel des Berges, unter Hinterstoffeln gelegen ist. Unaufhörlich rollen von dort her an der Drahtseilbahn die Förderwagen nach der Station Mühlhausen, und jedes Wägelchen trägt einen Teil des Berges ab: die Wägelchen füllen täglich etwa 20–30 Eisenbahnwagen mit dem außergewöhnlich harten graugrünem beinahe schwärzlichen Basalt. Schon greift jetzt der Bruch, nachdem etwa 20 Jahre abgebaut ist, um die Flanke des Berges herum, so daß die Wunde schon auf der Verkehrsseite zu sehen ist. Es schmerzt den Heimatfreund, daß dieser schönste der Hegauberge zum Untergang bestimmt ist.

Druck G. Braun, Karlsruhe.